

Abstimmung vom 7.3.2010

# Die Senkung des Mindestumwandlungs- satzes wird wuchtig verworfen

**Abgelehnt: Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz)**

Claudio Schwaller

---

**Empfohlene Zitierweise:** Schwaller, Claudio (2019): Die Senkung des Mindestumwandlungssatzes wird wuchtig verworfen. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch). Abgerufen am [Datum].

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Im November 2006 verabschiedet der Bundesrat eine Botschaft an das Parlament, in der er eine stärkere Senkung des Mindestumwandlungssatzes, also des prozentualen Anteils des Altersguthabens, der den Versicherten jährlich ausbezahlt wird, vorsieht. Der Anstoss dazu stammt aus einer Motion der ständerätlichen Sozial- und Gesundheitskommission, welche der Ständerat noch vor der Verabschiedung der 1. BVG-Revision angenommen hat, sowie aus dem Bericht einer von der Eidgenössischen Kommission für berufliche Vorsorge eingesetzten Arbeitsgruppe. Der Bundesrat begründete die geplante Senkung in seinem Bericht mit den gesunkenen Renditeerwartungen an den Finanzmärkten. Aus diesem Grund soll der Mindestumwandlungssatz zwischen 2008 und 2011 schrittweise von 7,1% auf 6,4% gesenkt werden, statt wie im Rahmen der 1. BVG-Revision vorgesehen bis 2014 von 7,1% auf 6,8%. Da trotz dieser Änderung das vorgegebene Leistungsziel – eine Deckung von 60% des letzten Bruttolohnes durch BVG- und AHV-Rente – nach Ansicht des Bundesrates noch erreicht werde, empfiehlt er, auf flankierende Massnahmen zu verzichten.

Die Vorlage ist in beiden Räten sehr umstritten. Zu Beginn der Debatte lehnt die kleine Kammer einen Antrag der SP auf Nichteintreten ab, anschliessend diskutiert der Rat insbesondere über den Zeitpunkt und das Ausmass der Senkung. Während sich die SP-Fraktion gegen jede schnellere Senkung als in der 1. BVG-Revision vorgesehen ausspricht, befürworten eine Mehrheit der SVP- sowie der FDP-Fraktion eine schnellere Senkung. In der Gesamtabstimmung lehnt der Ständerat die Vorlage mit 22 zu 11 Stimmen ab. Auch im Nationalrat stellt der Zeitraum der Senkung den zentralen Streitpunkt dar. Die grosse Kammer dehnt diesen von drei auf fünf Jahre aus. Ein Antrag, der den Mindestumwandlungssatz aus dem Gesetz streichen will, wird ebenso abgelehnt wie ein Antrag, der eine Regelung für die Überschussbeteiligung der Versicherten einführen will. Zwar erachten auch die Bürgerlichen diese Punkte als wichtig, sie wollen jedoch der Subkommission BVG mehr Zeit für entsprechende Abklärungen einräumen. Ohne weitere Änderungen gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag nimmt der Nationalrat die Vorlage mit 115 zu 57 Stimmen an.

Zu Beginn des Differenzbereinigungsverfahrens Ende 2008 hat sich die Ausgangslage für den Ständerat seit der letzten Behandlung der Vorlage deutlich verändert: Der Ausbruch der Finanzkrise und die Lage an den Kapitalmärkten, durch welche die Pensionskassen enorme Kapitalverluste erlitten haben, haben den Problemdruck noch verstärkt. Die SP zieht ihre Änderungsanträge zurück, da diese in der Zwischenzeit Aufnahme in eine neue Vorlage der SGK-NR gefunden haben. Der Ständerat stimmt der Version des Nationalrats in der Folge ohne Gegenstimme mit 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu.

In der Folge ergreifen die Gewerkschaften das Referendum, das im Mai 2009 mit 122 757 gültigen Unterschriften zustandekommt.

## GEGENSTAND

Der Mindestumwandlungssatz der beruflichen Vorsorge soll innerhalb von fünf Jahren von 7,1% auf 6,4% gesenkt werden. Der Bundesrat soll alle fünf Jahre Bericht über die Grundlagen zur Festlegung des Mindestumwandlungssatzes erstatten.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Auf die Seite der Gewerkschaften stellen sich neben der SP, den Grünen, der PdA und der CSP auch die beiden Rechtsparteien Lega und SD. Die Gegnerinnen und Gegner setzen in ihrer Kampagne auf das Schlagwort „Rentenklaue“ und werfen den bürgerlichen Parteien vor, mit übertrieben hohen Lebenserwartungen zu rechnen und gleichzeitig bei den Renditeprognosen zu untertreiben.

Für die Vorlage setzen sich neben den bürgerlichen Parteien auch die Wirtschafts- und Gewerbeverbände ein. Sie argumentieren, dass die Senkung aufgrund der steigenden Lebenserwartung und den gesunkenen Renditeaussichten nötig sei. Im Gegensatz zu den Gegnern sind die Reihen der Befürwortenden jedoch nicht geschlossen, sämtliche Parteien weisen ablehnende Kantonalsektionen auf.

## ERGEBNIS

Die Abstimmung vom 7. März 2010 endet in einem Debakel für den Bundesrat. Mit 72.7% verwerfen das Volk und sämtliche Stände die Vorlage. In den Kantonen Jura, Wallis und Neuenburg liegt der Neinstimmen-Anteil gar bei über 80%.

Gemäss Vox-Analyse (Nai et al. 2010) lehnen die Sympathisanten der linken Parteien die Vorlage erwartungsgemäss am deutlichsten ab. Aber auch bei den bürgerlichen Parteien spricht sich nur eine Mehrheit der FDP-Basis mit 56% für das Anliegen aus, während die SVP- und CVP-Sympathisanten der Vorlage nur zu 27% resp. 42% zustimmen. Unterstützung findet die Vorlage vor allem bei älteren Personen (70 Jahre und älter) sowie bei Personen mit höherem Bildungsstand. Die Befürworterinnen und Befürworter nennen die Sicherung der Rentenfinanzierung als Grund für ihre Zustimmung. Die Gründe der Gegnerinnen und Gegner sind deutlich breiter gefächert, in erster Linie schätzen sie die Vorlage aber als ungeeignet ein, um die Finanzen der zweiten Säule zu stabilisieren.

## QUELLEN

Benteli, Marianne (2017a). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Umwandlungssatz, 2003*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 8.8.2017.

Benteli, Marianne (2017b). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Umwandlungssatz im BVG-Obligatorium, 2005*. Bern: Année Politique

Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 8.8.2017.

Benteli, Marianne, Luzius Meyer und Linda Rohrer (2017). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (Mindestumwandlungssatz), 2006–2010*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 8.8.2017.

Nai, Alessandro, Anouk Lloren und Amanda Gavilans (2010). *VOX 102. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 7. März 2010*. Bern, Genf: gfs.bern und Département de Science Politique de l'Université de Genève.

Economiesuisse (2009). *Für einen fairen Umwandlungssatz*. dossierpolitik, Nr. 15 vom 22.6.2009. Zürich: economiesuisse.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2010). *Gegen den Rentenklau in der beruflichen Vorsorge. Medienmitteilung vom 11.1.2010*. Bern: SGB.

Presse: Neue Zürcher Zeitung vom 3.1.2007 und vom 8.3.2010.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 7.3.2010 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 06.092).

Bundesblatt: BBl 2006 9477.